

2

Erfolg ohne KI –
in Zukunft
noch möglich?

6

Erste F-35 der
Luftwaffe feierlich
übergeben

8

Wie wehrbereit
ist die deutsche
Gesellschaft?

13

Die Marine übt
vor Portugal für
die Ostsee

15

Weitere Berge-
panzer für
Norwegen

16

Ausbildungsgerät
für Schweren
Waffenträger
absolviert FAT

„Trial and Error“ im Atlantik

Die Marine bei REPMUS 2026

Erfolg ohne KI – in Zukunft noch möglich?

Von Manfred Opel

Jedermann braucht die Leistungen der KI, die sich allerdings oftmals unauffällig in unseren Alltags-Strukturen verstecken. Dabei ist absolut klar, dass in unserer modernen Welt bereits heute und mehr noch in der Zukunft, ein Markterfolg sowie auch ein militärischer Sieg ohne die volle Nutzung von KI mit Sicherheit weitgehend ausgeschlossen sein und bleiben wird.

Dieser Umstand liegt in der Tatsache begründet, dass die KI in Zukunft nicht nur der Unterstützer anderer Informations-, Technologie- oder Verfahrens-Systeme bzw. einer diesbezüglichen Fortentwicklung sein wird. Die moderne KI wird in ihrem Kern das grundlegende und das eigenständige operative Betriebs-, Entwicklungs-, Anwendungs- und Kontrollsystem unserer informationsbasierten Gesellschaft, unserer Wirtschaft sowie aller verfahrens-orientierten politischen und wirtschaftlichen Entscheidungs-Systeme werden. Dazu zählen natürlich auch sämtliche militärischen Optionen und Anwendungen.

Genau diese Aufgabe ist es, die der KI innerhalb der Streitkräfte in Zukunft sowie auf Dauer übertragen werden muss, um die militärischen Fähigkeiten einer Armee durchgehend zu optimieren und auf Dauer zu gewährleisten.

Wer auf moderne KI verzichtet oder verzichten muss, verliert den Anschluss in Bezug auf Geschwindigkeit und Effizienz der Fähigkeiten, komplexe Markt- und Umwelt-Daten zu verstehen und zu beherrschen. Eben diese Markt- und Umwelt-Daten sind aber die zentralen Bedingungen für jeden Markterfolg. Genau dieser Zusammenhang lässt sich auch auf das militärische Anwendungsfeld übertragen.

Insbesondere im Sicherheitsbereich ist aus diesen Gründen bereits heute sowie mehr noch in der Zukunft ein entscheidender Erfolg ohne die Anwendung von Künstlicher Intelligenz unmöglich. Das liegt vor allem daran, dass die Komplexität und die Geschwindigkeit moderner Bedrohungen die menschlichen Fähigkeiten zur umfassenden Verarbeitung und Qualifizierung entsprechender Datensätze längst weit überschritten haben. Moderne Angreifer nutzen hochentwickelte KI-Tools, wodurch traditionelle und vor allem analog-reaktive Sicherheitskonzepte weitgehend wirkungslos werden.



Manfred Opel



Sicherheit und Kontrolle von militärischem Geschehen aller Art ist heute ohne die umfassende Anwendung der KI schlicht und einfach nicht mehr möglich.

Daher müssen vor allem Armeen mit einem vorwiegenden Verteidigungsauftrag in ihrem Kern „KI-Armeen“ sein.

Genau an dieser Stelle klafft heute auch bei der Bundeswehr ein riesiges konzeptionelles und praktisch-operatives Loch, das mit absolutem Vorrang geschlossen werden muss.

Dabei beabsichtigt die Bundeswehr ihr konzeptionelles Defizit beim Einsatz von Künstlicher Intelligenz vor allem durch die im August 2026 erlassene, behördenweit gültige KI-Konzeption des Verteidigungsministeriums sowie durch konkrete Beschaffungs- und Testprojekte zu schließen. Der Erfolg dieser Absicht lässt jedoch auf sich warten. Das könnte vor allem daran liegen, dass die Bundeswehr ganz offensichtlich in der modernen, digitalen Welt noch lange nicht angekommen ist. Sehen wir uns daher zunächst die Intentionen der Bundeswehr in dieser Hinsicht einmal etwas genauer an:

Wie so oft, hat das deutsche Verteidigungsministerium (BMVg) auch im Falle der KI das Pferd von hinten aufgezäumt und gesattelt. Zuerst wurde im August 2026 ein konzeptionelles Dokument in Kraft gesetzt, das rechtliche, ethische und sicherheitstechnische Vorgaben für die Entwicklung und den Betrieb von KI gebündelt, statt im Weg der faktischen Entwicklung und Anwendung zu erst einmal herauszufinden, welchen umfassenden Möglichkeit im Bereich der KI für die deutschen Streitkräfte überhaupt entstehen und bestehen könnten.

Die Logik wäre gewesen, anschließend und auf dieser Basis umfassende KI-Möglichkeiten und -Anwendungen herauszufinden, zu testen und in einem einsatzoptimierten Anwendungs-System zu entwickeln. Doch die Bundeswehr beschloss, stattdessen ihrem alten Trott zu folgen und erst einmal alle Aktivitäten, die zu einer modernen KI führen sollten, in eine juristische Zwangsjacke zu stecken – und so alle sinnvollen Entwicklungen komplett abzuwürgen.

Wie auf diese Art und Weise, ausgerechnet auf dem Feld der modernsten Technologien, eine kampf- und verteidigungskräftige Armee entstehen soll, bleibt das Geheimnis der zuständigen Bundeswehr-Führung.

Die neue KI-Konzeption der Bundeswehr vom August 2026

Das BMVg hat im August 2026 ein konzeptionelles Grundsatzdokument in Kraft gesetzt, das die rechtlichen, ethischen und sicherheitstechnischen Vorgaben für die Entwicklung und für den Betrieb von KI in der und durch die Bundeswehr bündelt.



Dieses „Dokument“ enthält im Grunde nichts weniger als zahlreiche massive Einschränkungen bezüglich der Nutzung der KI, welchen die Bundeswehr in Zukunft unterworfen sein wird. Mit einem Wort: Auf dem Gebiet der KI ist die Bundeswehr, folgt sie diesen Vorschriften, nicht voll handlungs- und kampffähig.

◀ Der Cyber Innovation Hub arbeitet für die Bundeswehr an KI-Anwendungen wie z.B. IMAGE AWARE, einer Software zur Erkennung von gefälschten Fotos.

Es ist allerdings auch nicht bekannt, ob diese Vorschriften vom BMVg nicht ergänzend zeitgleich auch zum Kreml geschickt wurden, verbunden mit der inständigen Bitte, sich dort ebenfalls umfassend daran zu halten.

Dieses Dokument kompliziert erst einmal die Nutzung der KI durch die Bundeswehr, indem es gezielt sog. „militärischer Ausnahmen“ von der EU-KI-Verordnung (z. B. bei Geheimhaltungspflichten im operativen Einsatz) beschreibt und zulässt. Das bedeutet nichts weniger, als dass jeder Gegner Deutschlands oder der NATO, egal ob militärisch oder zivil, nur diese Vorschriften zu analysieren braucht, um die „institutionellen militärischen Einfallstore“, die er nutzen kann, entdecken zu können, die ihm die Bundeswehr damit gänzlich freiwillig anbietet.

Allerdings wurde an der Universität der Bundeswehr in Hamburg ein sog. „Defense AI Observatory“ eingerichtet, das kontinuierlich internationale Entwicklungen der KI-Kriegsführung analysieren soll, um strategische Rückstände der Bundeswehr zu vermeiden. Bei der extrem leistungsfähigen deutschen KI- und Drohnen-Industrie sind aber nutzbringende und überzeugende Ergebnisse solcher Analysen aus Hamburg bis heute noch niemals eingetroffen.

Man darf daher vermuten, dass damit in Hamburg eine weitere Chimäre der Bundeswehr gezüchtet wird und dort zugleich tief schlummert.

Wenden wir uns also dem Versprechen des BMVg zu, konkrete Projekte für Kampf- und Kampfunterstützungs-Systeme auf dem Gebiet der KI und der Drohnen zu entwickeln. Allgemeine Ausschreibungen an die in dieser Hinsicht extrem leistungsfähige deutsche Industrie hat es allerdings bis heute nicht gegeben. Lediglich einige technisch wenig überzeugende Vorschläge, zumeist eingereicht von unerfahrenen Start-Ups oder von luftfahrt-fremden Rüstungs-Großunternehmen wurden ausgewählt und mit extrem viel Geld ausgestattet. Ein wirklicher „technologischer Wettbewerb“ fand dabei allerdings nicht statt.

Allein die Tatsache, dass die Ukraine bisher nicht ein einziges dieser deutschen Systeme systemisch einsetzt, deutet klar darauf hin, was die kriegserfahrene Ukraine von diesen „neuen deutschen Systemen“ hält. An eine Kooperation mit jenen Partnern und befreundeten Staaten, die in dieser Hinsicht besonders leistungsfähig sind, wurde bisher offensichtlich ebenfalls nicht gedacht. Dabei genügt ein sachverständiger Blick auf den Drohnen-Weltmarkt, um klar erkennen zu können, wohin im technischen und im operativen Bereich die Reise hingeht. Deutschland ist hierbei – und zwar auf ganzer Breite – nicht wahrzunehmen.

Ein solches Prestige-Projekt ist zum Beispiel das neueste Drohnenprojekt „Uranos KI“, oft auch schlicht nur als „Projekt Uranos“ bezeichnet. Es ist ein Entwicklungs- und Beschaffungsvorhaben der Bundeswehr, das dazu dienen soll, mithilfe von KI große Räume an der NATO-Ostflanke im taktischen Bereich zu überwachen und die Gefechtsfeld-Aufklärung zu modernisieren. Seine Gesamtkosten sind „bei Ausschöpfung aller Optionen“ auf bis zu 136,2 Millionen Euro veranschlagt.



Es gehört keine große prophetische Gabe dazu, um aus fachlicher Sicht vorauszusagen, dass die Gesamtkosten dieses Projektes im Falle der ungeschmälernten Erfüllung aller bisher genannten Entwicklungsziele mit Sicherheit nicht weniger als 300 Millionen Euro betragen werden.

Da zugleich die operative Einordnung des Projektes „Uranos KI“ noch vollständig offen ist und niemand sagen kann, was das System im anwendungsreifen Zustand kosten soll, kann man mit einiger Sicherheit vermuten, dass insbesondere dieses Projekt das Potenzial hat, zu einem der größten Skandalprojekte der Bundeswehr zu werden.

Man fragt sich daher schon langsam, weshalb die Bundeswehr aus allen ihren bisherigen massiven Fehlern nicht zu lernen vermag.



Mit dem Beschaffungsvorhaben „Uranos KI“ soll ein System zur Überwachung großer Räume an der NATO-Ostflanke entwickelt werden. Die Anfangsbefähigung bei der Brigade Litauen soll zwischen 2026 und 2028 erreicht werden.

Über den Autor: Brigadegeneral a.D., Dipl.-Ing. Manfred Opel, M.A., ehemalig MdB, war u.a. Referatsleiter für Strategische Planung im Internationalen Militärstab des NATO-Hauptquartiers in Brüssel sowie General für Luftwaffenangelegenheiten der Rüstung. Der Beitrag gibt seine persönlichen Einschätzungen und Ansichten wieder.

Bildauswahl und -beschriftung: Daniel Kromberg

Pistorius übernimmt offiziell ersten F-35A-Kampffjet für die Bundeswehr

Der erste F-35A-Kampffjet ist offiziell der Bundeswehr übergeben. Verteidigungsminister Pistorius sprach vom Beginn einer „neuen Ära“ für die Luftwaffe. Er nahm die F-35A beim Flugzeugbauer Lockheed Martin in Texas in Empfang. Insgesamt soll die Bundeswehr 35 der Kampffjets bis 2029 erhalten.

Der erste F-35A-Kampffjet des US-Flugzeugbauers Lockheed Martin ist am 18. September 2026 offiziell der Bundeswehr übergeben worden. „Dieser Moment ist mehr als die Übergabe eines innovativen Flugzeugs“, sagte Verteidigungsminister Boris Pistorius bei der Übergabezeremonie in Fort Worth. „Es ist der lebende Beweis für die Kraft transatlantischer Partnerschaft und erfolgreicher Kooperation zwischen Deutschland und den USA.“ Mit der F-35A als „modernstem Kampfflugzeug der Welt“ beginne für die Luftwaffe „eine neue Ära“, so der Verteidigungsminister.

„Deutschland hat den Weckruf gehört“

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine habe die transatlantische Sicherheit radikal verändert. Das Schicksal der Ukraine sei fundamental für die europäische Sicherheit und die weltweite politische Stabilität. Russland besitze das weltweit größte Arsenal an Atomwaffen und dehne seinen weltweiten Einfluss aus, sagte Pistorius.

„Deutschland hat den Weckruf gehört“, so der Minister. Die Bundesrepublik habe daher unter anderem die Ausgaben für Verteidigung erhöht, den Neuen Wehrdienst eingeführt und die Bundeswehr unter anderem durch neue Beschaffungen insgesamt modernisiert. Mit der Panzerbrigade 45 in Litauen schütze Deutschland die NATO-Ostflanke. Gleichzeitig sei Deutschland der größte Unterstützer der Ukraine. So gebe die Bundesrepublik das Tempo in Europa vor – in enger Abstimmung mit europäischen und US-amerikanischen Verbündeten.

Der US-Konzern Lockheed Martin baut die F-35A. Rheinmetall fertigt die Rumpfmittelteile. „Damit holen wir Know-how und industrielle Wertschöpfung nach Deutschland“, betonte Pistorius. „Zugleich sind wir auch Teil der globalen Lieferkette“.



Trotz öffentlich geäußelter Bedenken von Militärs und Haushaltern hinsichtlich des Preises und potenzieller Abhängigkeiten im Kontext der Beschaffung ist die F-35 für Verteidigungsminister Pistorius ein „äußerst überzeugendes Gesamtpaket“.

„Sensor und Schaltzentrale im Luftkrieg von morgen“

Wegen ihrer besonderen Fähigkeiten sei die F-35A „Sensor und Schaltzentrale im Luftkrieg von morgen“, erklärte Pistorius in Fort Worth. Dazu gehöre das Erfassen großer Datenmengen in Echtzeit, um ein Lagebild für so genannte Multi-Domain-Operations (MDO) über mehrere militärische Dimensionen hinweg zu erhalten.

Die Vielfalt der Fähigkeiten der Kampffjets betonte auch der Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Holger Neumann, bei der Übergabe in Texas: „Die erste F-35A wird unsere Art zu trainieren, zu handeln und zu kämpfen entscheidend verändern“.

Die F35-A kann zudem mit unbenannten Luftfahrzeugen zusammenwirken (Manned-Unmanned-Teaming). „Alle diese Fähigkeiten zusammen machen die F-35A für mich zu einem äußerst überzeugenden Gesamtpaket“, so Verteidigungsminister Pistorius. „Das ist innovative und hochmoderne Beschaffung in kürzester Zeit.“

F35-A: Neue Heimat Luftwaffenstützpunkt Büchel

Die F-35A-Flotte soll auf dem Luftwaffenstützpunkt Büchel in der Eifel stationiert werden. Dafür muss die Infrastruktur des NATO-Flugplatzes angepasst werden – unter anderem für die Wartung und Instandsetzung der modernen Jets. Hohe Sicherheitsauflagen müssen erfüllt und Abläufe digitalisiert werden.

Ein Prozess, der üblicherweise mehrere Jahre dauert. „Diese Zeit haben wir nicht“, so Pistorius. Das sei von Beginn an klar gewesen. Ein neues Verfahren mit paralleler Planung und Umsetzung habe die planmäßige Fertigstellung ermöglicht: 2027 werde die Infrastruktur für den Flugbetrieb stehen. Dafür seien rund zwei Milliarden Euro investiert worden. „Angesichts der Bedrohungslage ist dies notwendig“, betonte Pistorius bei der Übergabe der F-35A in Fort Worth.

F-35 in der NATO: „Macht uns zusammen stärker“

Insgesamt erhält die Luftwaffe 35 F-35A, das wurde 2022 entschieden. Die ersten Kampffjets werden in diesem Jahr ausgeliefert. Zwischen Auftrag und Übernahme der ersten F-35A lagen somit lediglich vier Jahre. Sie bleiben zunächst in den USA, für die Ausbildung deutscher Pilotinnen und Piloten. Die volle Einsatzbereitschaft soll die Bundeswehr 2029 erreichen. Damit biete die F-35A eine entscheidende Schlüsselfähigkeit für die Luftwaffe und das ganze NATO-Bündnis, betonte Pistorius.

„Mit 19 anderen Nationen leben wir transatlantische Zusammenarbeit und setzen auf gemeinsame Standards, Technik und Verfahren.“ Diese Interoperabilität, also die Möglichkeit des Zusammenwirkens, eröffne viele Möglichkeiten bei Ausbildung, Übung und Einsatz, so der Minister. Das „macht uns zusammen stärker.“

Text: Redaktion der Bundeswehr; DK



Bevölkerungsbefragung 2026:

Wie wehrbereit ist die deutsche Gesellschaft?

Die ZMSBW-Bevölkerungsbefragung 2026 untersucht die Wehrbereitschaft der Bevölkerung in Deutschland. Im April/Mai 2026 wurden über 2.200 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger befragt. Zentrales Ergebnis: Niemand sollte die wehrbereite Gesellschaft unterschätzen – nicht Russland, nicht Deutschlands Verbündete und vor allem nicht die Deutschen selbst.

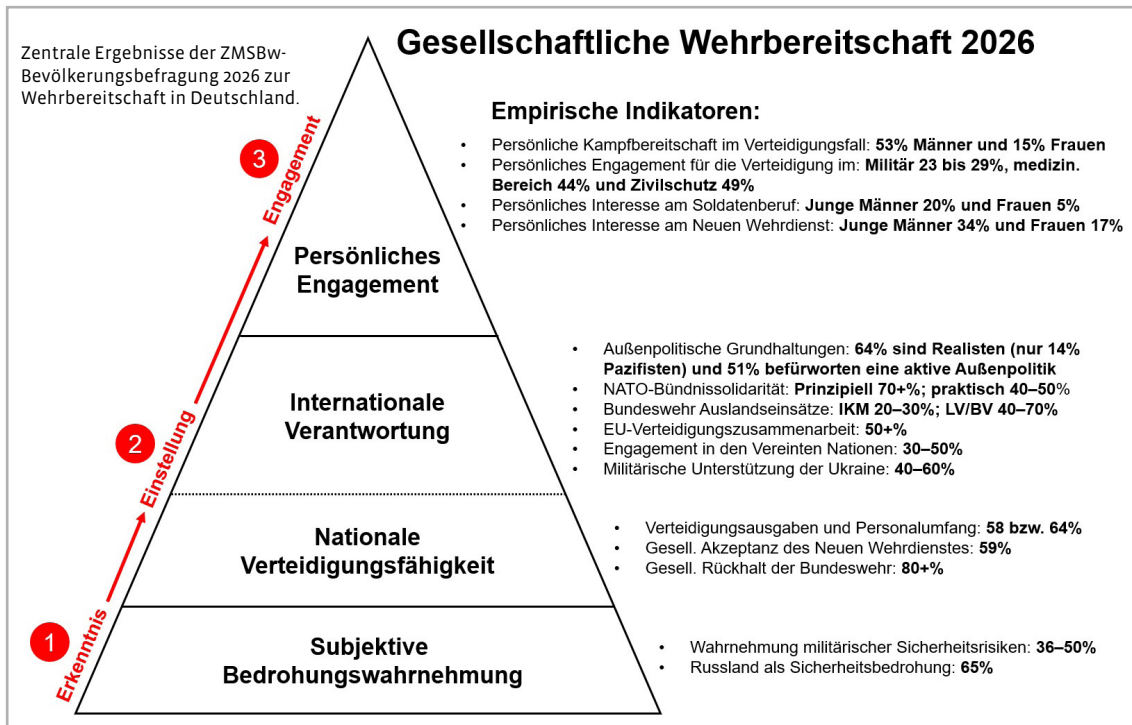
Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung zur Wehrbereitschaft

Die empirischen Daten der diesjährigen Bevölkerungsbefragung wurden auf Basis folgender Annahme ausgewertet: Die gesellschaftliche Wehrbereitschaft hat mehrere Ebenen (vgl. Abb. 1). Grundlage der Wehrbereitschaft ist die subjektive Wahrnehmung einer (militärischen) Bedrohung für die eigene Sicherheit (Erkenntnis). Darauf baut die individuelle Einstellung zur kollektiven Verteidigung gegen die Bedrohung auf (Einstellung). Diese zweite Ebene lässt sich differenziert betrachten als Einstellung zur nationalen Verteidigungsfähigkeit einerseits und zu Deutschlands Verantwortung und Engagement für die internationale Sicherheit andererseits. In letzter Konsequenz stellt sich die Frage, ob und wie die Bürgerinnen und Bürger sich persönlich für die Verteidigung einsetzen würden – im Militär und darüber hinaus (Engagement). Jede Ebene der Wehrbereitschaft lässt sich mit mehreren Indikatoren empirisch messen.

Dem schematischen Aufbau in Form einer Pyramide liegt die Annahme zugrunde, dass nicht alle drei Ebenen der gesellschaftlichen Wehrbereitschaft gleich stark ausgeprägt sind. Selbst wenn eine Mehrheit der Bevölkerung die gleiche Bedrohungswahrnehmung und Einstellung zur Verteidigungspolitik teilt, wird nur ein vergleichsweise kleiner Teil in den Streitkräften dienen und einen bewaffneten Verteidigungsbeitrag leisten. Die Erfahrung aus Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine bestätigt diese Annahme.



Das Wachbataillon und Besucherinnen und Besucher beim Tag der offenen Tür der Bundesregierung 2026 im Berliner Sitz des BMVg.



„Zweifel an der Wehrbereitschaft der deutschen Bevölkerung sind unbegründet: Die akute Bedrohung durch Russland wird erkannt, die aktuelle Verteidigungspolitik mitgetragen und die persönliche Verteidigungsbereitschaft ist hinreichend stark ausgeprägt.“



Wissenschaftlicher Oberrat Dr. Timo Graf

Bedrohungswahrnehmung durch Russland und Rückhalt für die Bundeswehr

Ein zentraler Befund zum sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbild 2026: Die Grundlage der gesellschaftlichen Wehrbereitschaft ist die in allen Teilen der Bevölkerung stark ausgeprägte Wahrnehmung von Russland als eine Bedrohung für Deutschlands Sicherheit. Einzig die Wählerschaft der AfD sieht in Russland mehrheitlich keine Bedrohung. Mit dieser Bedrohungswahrnehmung steht und fällt der öffentliche Zuspruch zur Stärkung der nationalen Verteidigungsfähigkeit (Erhöhung der Verteidigungsausgaben, Personalaufwuchs der Bundeswehr und Akzeptanz des Neuen Wehrdienstes) sowie zu Deutschlands militärischem Engagement zum Schutz der NATO-Ostflanke und zur militärischen Unterstützung der Ukraine in ihrem Abwehrkampf gegen Russland.

Ergebnisse auf einen Blick

- Die Bundeswehr genießt großes Vertrauen und ist fest in der Gesellschaft verankert: 87 Prozent vertrauen der Bundeswehr, drei Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. Für 83 Prozent ist die Bundeswehr ein ganz normaler Bestandteil der Gesellschaft, fünf Prozentpunkte mehr als 2025.
- Der Rückhalt für den Kernauftrag der Bundeswehr ist weiter gewachsen: 94 Prozent befürworten die Abwehr eines militärischen Angriffs auf Deutschland als Aufgabe der Bundeswehr, acht Prozentpunkte mehr als im Vorjahr.
- Die Bevölkerung steht klar hinter der NATO: 76 Prozent halten Deutschlands Mitgliedschaft in der NATO für notwendig, um die Sicherheit des Landes zu gewährleisten, zwei Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. 79 Prozent unterstützen den militärischen Beistand für angegriffene Verbündete, ein Zuwachs von vier Prozentpunkten.

- Eine klare Mehrheit unterstützt die weitere Stärkung der Bundeswehr: 58 Prozent sprechen sich für höhere Verteidigungsausgaben aus, 64 Prozent für mehr Soldatinnen und Soldaten.
- Gesellschaftliche Akzeptanz des Neuen Wehrdienstes weiter gestiegen: 59 Prozent halten den Neuen Wehrdienst für notwendig, sechs Prozentpunkte mehr als im Vorjahr.
- Der Neue Wehrdienst stößt bei jungen Menschen auf Interesse: Unter den 16- bis 29-Jährigen ohne militärische Erfahrung bekunden 34 Prozent der Männer und 17 Prozent der Frauen ein mittleres bis sehr starkes Interesse am freiwilligen Neuen Wehrdienst.
- Viele Menschen können sich vorstellen, persönlich zur Verteidigung Deutschlands beizutragen: Die Befragung erfasst erstmals ein breites Spektrum möglicher Beiträge im Verteidigungsfall.

Rückhalt für Zeitenwende und Verteidigungsausgaben

Angesichts der anhaltenden Bedrohung durch Russland fordert weiterhin eine klare Mehrheit in der deutschen Bevölkerung eine finanzielle und eine personelle Stärkung der Bundeswehr (58 bzw. 64 Prozent). Der Anfang 2026 eingeführte Neue Wehrdienst stößt auf eine große und im Vergleich zum Vorjahr gestiegene gesellschaftliche Akzeptanz (59 Prozent; +6 Prozentpunkte) – auch bei den Jüngeren. Der gesellschaftliche Rückhalt für die Bundeswehr ist und bleibt sehr hoch. Unabhängig von der sicherheitspolitischen Lage geben seit einem Vierteljahrhundert mindestens drei Viertel der Bürgerinnen und Bürger an, eine positive Einstellung zur Bundeswehr zu haben. Aktuell sind es über 80 Prozent. Dass die Bevölkerung eine kritische Haltung zur Bundeswehr habe, ist eine alte Behauptung, der empirische Evidenz fehlt.

„Eine klare Mehrheit der Bevölkerung spricht sich weiterhin für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben aus. Genauso robust ist der öffentliche Zuspruch zum personellen Aufwuchs der Bundeswehr.“

Wissenschaftlicher Oberrat Dr. Timo Graf



Verantwortung für internationale Sicherheit und Bündnisfall

Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hat eine realistische außen- und sicherheitspolitische Auffassung und unterstützt eine aktive deutsche Außenpolitik. Pazifistische, isolationistische und militaristische Positionen vertreten nur Minderheiten in der deutschen Bevölkerung. Im Vergleich zum Vorjahr ist der grundsätzliche Zuspruch zu einer aktiven deutschen Außenpolitik jedoch gesunken, was sich auch in niedrigeren Zustimmungswerten zu annähernd allen Mitteln der Außenpolitik sowie zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr niederschlägt.

„Vor dem Hintergrund der akuten Bedrohung durch Russland priorisieren die Bürgerinnen und Bürger die Landes- und Bündnisverteidigung als Auftrag der Bundeswehr.“

Wissenschaftlicher Oberrat Dr. Timo Graf



Diese Entwicklung führt zu einer wachsenden Diskrepanz zwischen dem prinzipiellen Bekenntnis zu Deutschlands Verantwortung für die internationale Sicherheit und der öffentlichen Unterstützung für das konkrete (militärische) Engagement zum Schutz dieser Sicherheit – im Rahmen der EU, der NATO und der Vereinten Nationen. Ungeachtet dieser Entwicklung spricht sich eine Mehrheit von 55 Prozent der Befragten dafür aus, dass Deutschland militärische Gewalt zur Verteidigung eines östlichen NATO-Mitgliedslandes einsetzen sollte, wenn dieses durch Russland militärisch angegriffen werden würde, ein Viertel (26 Prozent) ist unentschlossen und eine Minderheit (14 Prozent) lehnt dies ab.

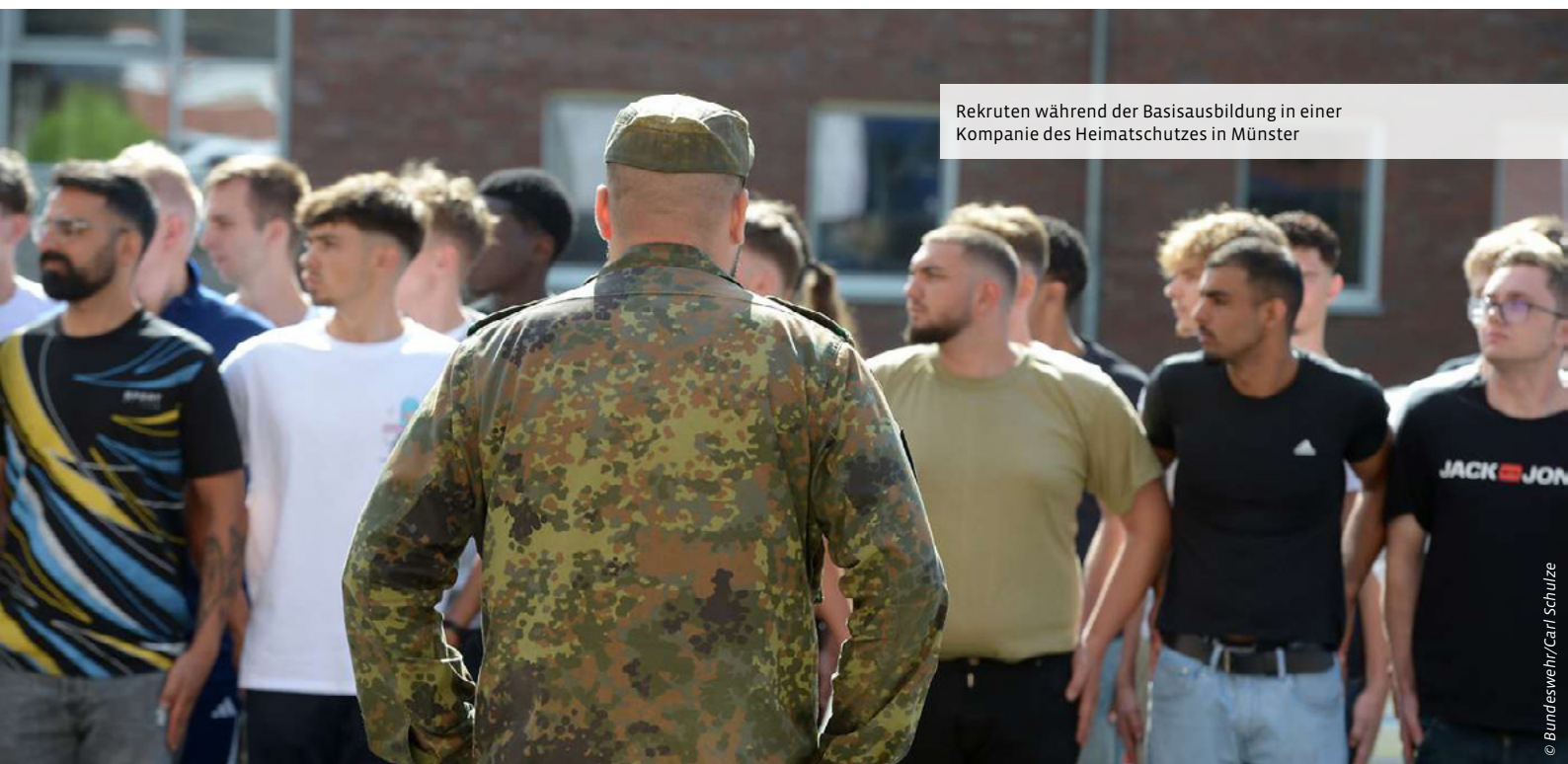
Persönliche Verteidigungsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger

Im Falle eines militärischen Angriffs auf Deutschland wären große Teile der Bevölkerung bereit, sich im Zivilschutz (49 Prozent), im medizinischen Bereich (44 Prozent), in verteidigungsrelevanten Wirtschaftsbereichen (28 Prozent) oder auch in den Streitkräften zu engagieren (23 bis 29 Prozent). Dabei sind Männer eher bereit, sich in technischen oder militärischen Verwendungen zu engagieren, während Frauen sich eher einen Einsatz im medizinischen Bereich vorstellen können. Es sind auch deutlich mehr Männer (53 Prozent) als Frauen (15 Prozent), die grundsätzlich bereit wären, im Falle eines militärischen Angriffs Deutschland mit der Waffe zu verteidigen. Das konkrete Interesse am Neuen Wehrdienst ist bei jungen Männern (34 Prozent) ebenfalls deutlich größer als bei jungen Frauen (17 Prozent). Gleiches gilt für den Soldatenberuf: 20 Prozent der jungen Männer und 5 Prozent der jungen Frauen können sich vorstellen, Soldat bzw. Soldatin zu werden. Wie wehrbereit ist die deutsche Bevölkerung?

Wie sind die Zustimmungswerte zur persönlichen Verteidigungsbereitschaft mit der Waffe und zum Interesse am Dienst in den Streitkräften zu bewerten? Allein in der Gruppe der 20- bis 40-jährigen erklären sich 50 Prozent der Männer und 16 Prozent der Frauen – im Falle eines militärischen Angriffs auf Deutschland – zum bewaffneten Kampf bereit. In absoluten Zahlen entspräche das gemäß des letzten Zensus fünf Millionen Männern und etwas weniger als zwei Millionen Frauen. Jeder fünfte Mann im Alter von 16 bis 29 Jahren kann sich zudem eine berufliche Tätigkeit als Soldat in der Bundeswehr vorstellen. In absoluten Zahlen wären das gemäß Zensus mehr als eine Million Männer. Und die 16–29-Jährigen, die ein mittleres bis sehr starkes Interesse am Neuen Wehrdienst bekunden, entsprächen in absoluten Zahlen circa zwei Millionen Männern und circa einer Million Frauen. Über die Gruppe der 18-jährigen Männer hinaus besteht also weiteres Potenzial an Interessenten für den Neuen Wehrdienst.

„**Vor dem Hintergrund der akuten Bedrohung durch Russland priorisieren die Bürgerinnen und Bürger die Landes- und Bündnisverteidigung als Auftrag der Bundeswehr.**“

Wissenschaftlicher Oberrat Dr. Timo Graf



Rekruten während der Basisausbildung in einer Kompanie des Heimatschutzes in Münster

© Bundeswehr/Carl Schulze

Autor und Studie

Dr. Timo Graf forscht zur öffentlichen Meinung über Sicherheits- und Verteidigungspolitik, zu strategischen Kulturen sowie zu den zivil-militärischen Beziehungen in Deutschland. Dr. Graf leitet die jährliche ZMSBw-Bevölkerungsbefragung.

Die jährliche ZMSBw-Bevölkerungsbefragung ist seit Beginn der Umfragestudie im Jahr 1996 der Gradmesser für die gesellschaftliche Legitimation, Relevanz und Integration der Bundeswehr. Ihre Ergebnisse dienen dazu, das Verhältnis zwischen Bundeswehr und Gesellschaft zu analysieren sowie die Informationsarbeit der Bundeswehr zu evaluieren (Ressortforschung). Mit der öffentlichkeitswirksamen Publikation der Befragungsergebnisse in vielfältigen Formaten leistet das ZMSBw einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (Wissenstransfer). Darüber hinaus werden die Befragungsdaten in wissenschaftlichen Fachpublikationen aufbereitet, als Grundlage für sozialwissenschaftliche Qualifikationsarbeiten und in der universitären Lehre genutzt sowie der Forschung allgemein im Datenarchiv des GESIS zur Verfügung gestellt (Grundlagenforschung).



Wie wehrbereit ist die deutsche Bevölkerung?

Download des Forschungsberichtes zum sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbild 2026
Forschungsbericht 140

<https://zms.bundeswehr.de/resource/blob/6151476/312043d893758f-581de25a506f54a631/download-bevbefr-2026-data.pdf>



Text: Timo Graf

Anzeige



Wenn Du mal auf
Dich allein gestellt bist.



VICTORINOX

„Offiziersmesser“

KLEEN
WERBUNG

Telefon +49 (0) 49 71 / 92 33 10

Fax +49 (0) 49 71 / 92 33 15

info@kleen-werbung.de

Übung

REPMUS 2026 – Marine übt vor Portugal für die Ostsee

REPMUS steht für Tests mit Drohnen-Prototypen. Systeme, die auf und über dem Atlantik überzeugen, könnten bald deutsche Gewässer schützen.

Unbemannte Fahrzeuge schneiden durch die Fluten, während andere hoch in die Lüfte aufsteigen oder sich nahezu unsichtbar unter Wasser bewegen: Bei REPMUS 2026, der Testreihe für neue Drohnensysteme an der Atlantikküste Portugals, erprobt die Deutsche Marine vor allem, ob sie miteinander im Verbund funktionieren.

„Trial and Error“ im Atlantik

REPMUS ist keine klassische Marineübung, sondern ein Experimentallabor auf See und an Land. Streitkräfte testen hier gemeinsam mit Wissenschaft und Industrie, was unter realen Bedingungen tatsächlich funktioniert. Bei dieser Operational Experimentation (OPEX), einem Instrument zur Förderung von Innovationen, laufen mehrere Versuche parallel, um Entwicklungsprozesse hin zur Einsatzreife der getesteten Drohnen zu beschleunigen. Das soll insgesamt helfen, aus Ideen möglichst schnell militärisch nutzbare Fähigkeiten zu machen.

Neben bekannten militärischen Einheiten auf dem Wasser bewegen sich dabei unbemannte Fahrzeuge über und unter der Wasseroberfläche. Aus der Luft liefern kleine und größere Drohnen Bilder sowie Sensordaten. An Land verfolgen Soldatinnen und Soldaten auf ihren Bildschirmen Sensordaten und Bewegungen. Daten laufen zusammen, werden ausgewertet, Systeme angepasst – und dann beginnt der nächste Versuch. Nicht jeder muss funktionieren. Das Prinzip Trial and Error, das gemeinsame Lernen aus Fehlern, gehört zum Konzept.



Das ist REPMUS 2026: NATO-Staaten üben gemeinsam das Zusammenspiel neuer Drohnen über, auf und unter Wasser.

Der Weg zur hybriden Flotte

Für die Deutsche Marine hat REPMUS eine besondere Bedeutung. Technologische Entwicklungen verändern das maritime Gefecht mit hoher Geschwindigkeit. Unbemannte und teilautonome Systeme können große Seegebiete überwachen, Informationen gewinnen, Minen aufspüren, Unterwasseraktivitäten erkennen oder bemannte Einheiten bei gefährlichen Aufgaben unterstützen. Schiffe und ihre Besatzungen sollen jedoch nicht durch Drohnen ersetzt werden. Die hybride Flotte der Zukunft wird nicht nur aus größeren oder moderneren Schiffen, sondern zunehmend aus einem Netzwerk bemannter und unbemannter Systeme bestehen, die ihre Stärken verbinden und gemeinsam wirken.

Zwischen Drohnen, Antennen und Rechnern wird bei REPMUS allerdings schnell klar: Ohne Menschen funktioniert selbst modernste Technologie nicht. Es sind Soldatinnen und Soldaten, die Tests planen, Systeme vorbereiten, Missionen überwachen, anschließend Informationen bewerten und Entscheidungen treffen. Technische Fachkräfte – nicht Maschinen – suchen nach Schwachstellen oder Fehlern, verändern Parameter. Entwicklerinnen und Entwickler stehen in diesem Experimentallabor unmittelbar neben militärischen Nutzerinnen und Nutzern und erhalten Rückmeldungen aus erster Hand. So entstehen am Ende veränderte Software, Sensorik oder völlig neue Ansätze.

Ostsee beginnt vor Portugal

Die durchgespielten Szenarien betreffen Deutschland ganz konkret. Spätestens, seit es Beschädigungen und Sabotage an Pipelines und Kommunikationsverbindungen gibt, ist die Verwundbarkeit kritischer Infrastruktur auf dem Meeresboden stärker in das öffentliche Bewusstsein gerückt. Außerdem gewinnen Minenabwehr, Unterwasseraufklärung, der Schutz von Häfen und Seewegen sowie die Überwachung großer maritimer Räume zum Schutz der Bundesrepublik weiter an Bedeutung.

Gerade in der Nord- und Ostsee liegen Kabel, Pipelines, Energieinfrastruktur und stark befahrene Seewege teilweise dicht nebeneinander. Was vor Portugal erprobt wird, kann deshalb Erkenntnis liefern, die später tausende Kilometer entfernt von Bedeutung sind.

Text: René Bischoff



▲ Drohnen, Robotik und Künstliche Intelligenz sind die neuen Begleiter bei maritimen Einsätzen. Ihr Zusammenspiel wird bei REPMUS 2026 erprobt.

▼ Greyshark ist eine bei REPMUS 2026 getestete, mit KI ausgestattete MultiSensor-Unterwasserdrohne für Tiefsee-Operationen.



Weitere Bergepanzer für Norwegen

Die Norwegian Defence Material Agency (NDMA) hat bei der FFG Flensburger Fahrzeugbau Gesellschaft mbH drei weitere Bergepanzer des Typs WiSENT 2 ARV (Armoured Recovery Vehicle) bestellt. Mit dem Folgeauftrag baut Norwegen seine bereits bestehende Flotte des leistungsfähigen Unterstützungsfahrzeugs weiter aus.

Die Bestellung basiert auf bestehenden Verträgen, die entsprechende Nachbeschaffungsoptionen vorsehen. Damit erhöht sich die Zahl der von Norwegen beschafften WiSENT 2 Bergepanzer auf insgesamt 12 Fahrzeuge, von denen bereits acht an die norwegischen Streitkräfte ausgeliefert wurden.

„Der erneute Auftrag aus Norwegen bestätigt das Vertrauen unserer Kunden in die Leistungsfähigkeit und Flexibilität des WiSENT 2. Die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der norwegischen Beschaffungsbehörde ist für uns ein wichtiger Beleg für die langfristige Qualität und Einsatzrelevanz unseres Systems“, sagte Jörg Kamper, Geschäftsführer der FFG, anlässlich der Vertragsunterzeichnung.

Der WiSENT 2 ARV basiert auf dem Fahrgestell des Kampfpanzers Leopard 2 und wurde entwickelt, um moderne Kampfpanzer und andere schwere Gefechtsfahrzeuge auch unter anspruchsvollen Einsatzbedingungen zu bergen und zu unterstützen. Zu seinen wesentlichen Leistungsmerkmalen gehören ein leistungsfähiges Berge- und Abschleppsystem, ein Kran mit einer Hubkraft von bis zu 32 Tonnen sowie eine leistungsstarke Hauptwinde. Das integrierte Combat Recovery System ermöglicht der Besatzung die Durchführung von Bergearbeiten unter Panzerschutz.

Der WiSENT 2 ist als modulare Fahrzeugplattform konzipiert und kann neben der Bergfunktion auch als Pionier-, Minenräum- oder Brückenlegefahrzeug eingesetzt werden. Durch sein modulares Konzept lässt sich das Fahrzeug innerhalb kurzer Zeit zwischen verschiedenen Konfigurationen umrüsten.

Industrieunternehmens. Diese Kombination ermöglicht schnelle Entscheidungen, hohe Kunden- nähe und internationale Projektkompetenz.

Text: FFG; DK

Aufgrund der vorhandenen Logistikkette ist der moderne WiSENT 2 besonders interessant für Leopard-2-Nutzerstaaten.



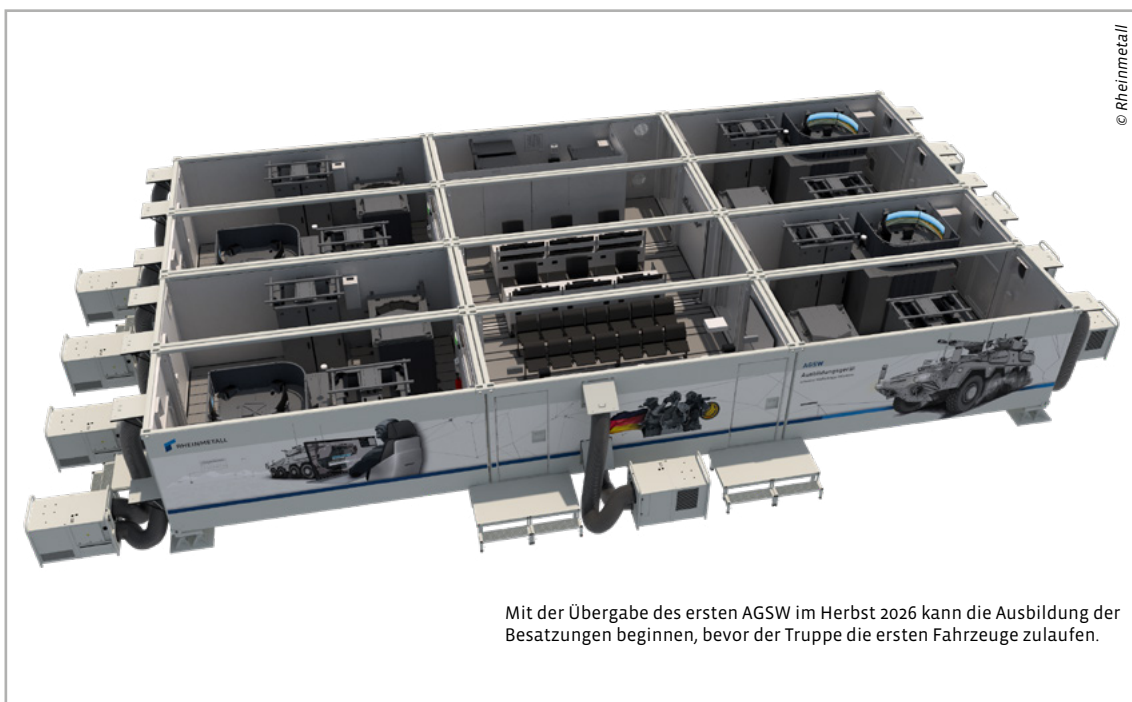
Ausbildungsgerät für Schweren Waffenträger absolviert Factory Acceptance Test

Das Unternehmen Rheinmetall hat einen wichtigen Meilenstein bei der Ausbildungslösung für den schweren Waffenträger Infanterie erreicht. Das neu entwickelte Ausbildungsgerät „Schieß- und Gefechtsausbildung schwerer Waffenträger Infanterie“ (AGSW) hat am Bremer Rheinmetall-Standort den Factory Acceptance Test (FAT) erfolgreich absolviert. Vertreter des Amts für Heeresentwicklung, des Bundesamts für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) sowie Soldatinnen und Soldaten der Jägertruppe und der Infanterieschule waren bei der Abnahme dabei und haben das System umfassend überprüft. Im Ergebnis kann die Ausbildung der Besatzungen bereits parallel zum Zulauf der Fahrzeuge beginnen.

Ausbildung und Simulation wurden von Anfang an als Bestandteil der Systementwicklung betrachtet. Bereits im Jahr 2022 formulierten die Bundeswehr und die Industrie gemeinsam das Ziel, erste Ausbildungsmittel noch vor der Auslieferung der ersten Fahrzeuge bereitzustellen. Die Entwicklung des AGSW begann nach Vertragsschluss Anfang 2024 und wurde im Juli 2026 abgeschlossen. Die enge Zusammenarbeit von Rheinmetall mit der Infanterieschule und dem Amt für Heeresentwicklung in der Konzeptionsphase ermöglichte es, die Anforderungen der künftigen Nutzer frühzeitig in die Entwicklung einfließen zu lassen.

Ein erster Baustein der zweistufigen Ausbildungslösung steht der Jägertruppe bereits zur Verfügung. Zwischen September 2025 und April 2026 wurden die Handlungstrainer an die Jägerbataillone ausgeliefert. Damit kann die Ausbildung der Besatzungen wie geplant bereits vor dem Zulauf der ersten Fahrzeuge beginnen. Die Übergabe des ersten AGSW an die Infanterieschule ist für Herbst 2026 vorgesehen.

Das AGSW ist das Herzstück der Ausbildungslösung: Der Schieß- und Gefechtssimulator besteht aus einer Leitungs-, Auswerte- und Kontrollstation sowie aus vier Kampfräumen. Fahrzeuginterieur, Fahrzeuglogik, Bedienabläufe, Richtverhalten, Fahrdynamik und Ballistik werden darin realitätsnah simuliert. Die Ausbildung reicht von der Schulung einzelner Besatzungsmitglieder über das Zusammenspiel der gesamten Besatzung bis hin zu taktischen Verfahren und komplexen Szenarien auf Zugesebene.



Mit der Übergabe des ersten AGSW im Herbst 2026 kann die Ausbildung der Besatzungen beginnen, bevor der Truppe die ersten Fahrzeuge zulaufen.

Die Simulatoren sind für die Vernetzung mit „Infanterie-Desktoptrainern“ vorbereitet. Dadurch lässt sich auch das Zusammenwirken von Fahrzeugbesatzungen und abgesessener Infanterie trainieren. Der desktopbasierte Handlungstrainer nutzt dieselbe Simulationssoftware und Bedienlogik wie der AGSW und bildet somit den Einstieg in die weiterführende Ausbildung.

Beide Systeme ermöglichen zudem das eigenständige Erstellen und Anpassen virtueller Gelände-räume durch die Nutzer. So können beispielsweise künftige Einsatzräume nachgebildet und Marschwege, Stellungen sowie taktische Verfahren bereits vor einem möglichen Einsatz trainiert werden.

Das AGSW baut konzeptionell auf dem von Rheinmetall entwickelten Ausbildungsgerät „Schieß- und Gefechtsausbildung Schützenpanzer Puma“ (AGSP) auf, das sich inzwischen in der Serienfertigung befindet. Auf dieser technologischen Basis entstehen auch Ausbildungslösungen für weitere Fahrzeuge der Bundeswehr. Perspektivisch sollen Jäger, Panzergrenadiere und Heeres-aufklärer an ihren Standorten über eigene Ausbildungsmittel verfügen.

Im Juli 2026 bestätigte der zuständige Projektleiter des BAAINBw offiziell das erfolgreiche Bestehen des FAT. Bis Mitte 2027 sollen insgesamt fünf AGSW-Systeme an die Nutzer übergeben werden. Nach der Funktionsprüfung und Abnahme an den jeweiligen Standorten werden die Simulationssoftware des Handlungstrainers und des AGSW an den finalen Konstruktionsstand des schweren Waffenträger angepasst und als einheitliche Version ausgerollt.

Damit entsteht eine durchgängige Ausbildungslösung nach dem Prinzip „Train as you fight“ und es wird eine wichtige Voraussetzung geschaffen, damit die Besatzungen bereits vor dem ersten Einsatz des neuen Waffensystems realitätsnah ausgebildet werden können.

Text: Rheinmetall; DK

Im Mai 2024 war der erste Schwere Waffenträger Infanterie als Referenzfahrzeug in Unterlüß vorgestellt worden.



IM PRESSUM

Newsletter Verteidigung veröffentlicht in deutscher Sprache aktuelle Aufsätze, Berichte und Analysen sowie im Nachrichtenteil Kurzbeiträge zu den Themen Rüstungstechnologie, Ausrüstungsbedarf und Ausrüstungsplanung, Rüstungsinvestitionen, Materialerhaltung, Forschung, Entwicklung und Erprobung sowie Aus- und Weiterbildung. Newsletter Verteidigung hat eine europäische, aber dennoch vorrangig nationale Dimension. Aus der Analysearbeit von Newsletter Verteidigung werden regelmäßig hoch priorisierte Themenfelder aufgegriffen, welche interdisziplinär einen Bogen spannen von der auftragsgerechten Ausstattung der Bundeswehr mit Wehrmaterial, der Realisierungsproblematik von militärischen Beschaffungsvorhaben, der Weiterentwicklung der Streitkräfte, den technologischen Trends und Entwicklungstendenzen bei Wehrmaterial, der Weiterentwicklung der heimischen wehrtechnischen Industriebasis und der Rüstungs- und Sicherheitspolitik bis hin zur Rüstungszusammenarbeit mit Partnerländern und gemeinsamen Beschaffung von Wehrmaterial.

Der Verlag hält die Nutzungsrechte für die Inhalte des Newsletter Verteidigung. Sämtliche Inhalte des Newsletter Verteidigung unterliegen dem Urheberrechtsschutz. Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten, die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Verlages liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.

Newsletter Verteidigung erscheint auf elektronischem Wege (PDF-Format) mit 50 Ausgaben im Jahr. Eine Weiterverbreitung von Inhalten des Newsletter Verteidigung darf nur im Wege einer Gruppenlizenz erfolgen. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf mit Einschreiben gekündigt wird.

Newsletter Verteidigung ist eine offizielle Publikation der VDS Verlag Deutsche Spezialmedien GmbH, 35037 Marburg. Die in diesem Medium veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in fremde Sprachen, sind vorbehalten. Kein Teil dieses Mediums darf – abgesehen von den Ausnahmefällen der §§53, 54 UrhG, die unter den darin genannten Voraussetzungen zur Vergütung verpflichten – ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren) reproduziert oder eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehendung, im Magnettonverfahren oder auf ähnlichem Wege bleiben dem Verlag vorbehalten. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder benutzte Kopie dient gewerblichen Zwecken und verpflichtet gemäß §54 (2) UrhG zur Zahlung einer Vergütung.

Verlagsanschrift:
VDS Verlag Deutsche
Spezialmedien GmbH

Ketzerbach 25-28
35037 Marburg, Germany

Tel. +49 6421 1832-899
Fax +49 6421 18329-05

E-Mail:
verlag@deutsche-spezialmedien.de

Gerichtsstand:
AG Marburg an der Lahn

**Verantwortlicher im Sinne
des Presserechts:**
Daniel Kromberg (DK),
Chefredakteur

E-Mail:
redaktion@newsletter-verteidigung.de

